daß sie mit dem umgebenden Fleisch beigesetzt worden sind. Die genaue Untersuchung der beiden Gruben ergab, daß eine Deutung als Brunnen nicht in Frage kommen kann. Wir erklären sie daher einstweilen als Gruben, die zur Aufnahme der Reste von Menschen- und Tieropfern bestimmt waren, und nehmen an, daß man jedesmal bei Gelegenheit eines Kultfestes eine solche Grube angelegt, darin die Opfer beigesetzt und dann die Grube wieder sorgfältig zugemacht hat. Die aus den Gruben zutage geförderten Tonscherben, sowie Überschneidungen mit Pfostenlöchern, ergaben mit Sicherheit, daß sie in die erste Besiedlungsperiode des Burgwallgeländes, und zwar vermutlich in den jüngeren, der älteren Göritzer Kultur angehörenden Abschnitt zu setzen sind. Weitere Untersuchungen solcher Gruben sollen zur Bestätigung der bisherigen Annahmen noch ausgeführt werden.

In der etwas höher liegenden Südostecke des Innenraumes der Burg wurde durch einen Versuchsgraben das Vorhandensein einer etwa 3 m starken slawischen Mauer mit davorliegendem 25 m breiten und bis zu 4 m tiefen Graben festgestellt. Ob man es hier mit einer kleinen Herrenburg innerhalb des großen Burgwalls oder mit der Stützmauer für das Podium eines slawischen Tempels zu tun hat, wird die für den Sommer 1928 in Aussicht genommene Grabung entscheiden.

Zur Zeitgeschichte

Die fünfte Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission.

Vom 15. bis 24. März tagte in Genf die Vorbereitende Abrüstungskommission, und zwar war es ihre fünfte Tagung. Drei Punkte waren auf die Tagesordnung gesetzt:

1. Die Erörterung des Ergebnisses der letzten Tagung des Sicherheitskomitees, die vom 20. Februar bis 7. März d. J. stattfand,

2. die Diskussion des von der Sowjetregierung vorgelegten Planes zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung,

3. die Erörterung des gegenwärtigen Standes der Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission.

Was Punkt 1 angeht, so wurde er kurz und reibungslos erledigt. Da die Ergebnisse, zu den die Beratungen des Sicherheitskomitees führten, vor ihrer endgültigen Annahme durch das Komitee in zweiter Lesung durchzuberaten sind, so konnte nicht viel mehr geschehen, als sie vorläufig zur Kenntnis zu nehmen. Von deutscher Seite wurde Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß Deutschland, das an den Arbeiten des Sicherheitskomitees mit größter Bereitwilligkeit teilgenommen hat und damit dazu beitrug, daß auf dem Wege der Sicherheit ein Schritt vorwärts getan wurde, nunmehr erwarten müsse, daß auch in punkto Abrüstung nunmehr endlich ein Schritt vorwärts getan werde.

Der von der Sowjetregierung vorgelegte Plan einer allgemeinen sofortigen und vollständigen Abrüstung, der als Punkt 2 der Tagesordnung besprochen wurde, führte zu mehrtägigen, recht lebhaften Debatten, die mit der Verwerfung des Planes der Sowjetregierung endigten. Der deutsche Delegierte hob dabei die positiven Gesichtspunkte des russischen Planes hervor und empfahl eine eingehende Beratung. Die überwiegende Mehrheit der Kommission entschied jedoch negativ. Der Sprecher der Sowjetdelegation Litwinow überraschte dann die Kommission durch Vorlage eines neuen detailliert ausgearbeiteten Planes einer sofortigen Teilabrüstung mit der Begründung, daß, da ihr erster Plan abgelehnt worden sei, die russische Regierung als Anfang der Verwirklichung ihrer Idee von der allgemeinen Total-Abrüstung durch Vorlage ihres neuen Planes den ersten Schritt zu ihrem idealen Ziele herbeiführen wolle und dessen sofortige Diskussion verlange. Aber die Kommission war auch zur Diskussion des zweiten russischen Entwurfs nicht bereit und verschob ihn auf ihre nächste Tagung.

Was schließlich Punkt 3 der Tagesordnung, die Erörterung des gegenwärtigen Standes der Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission, angeht, so wurde bald klar, daß die große Mehrheit der Kommission auch bezüglich dieses Punktes nicht zu positiver Arbeit aufgelegt war. Trotz des bei ihrer letzten Tagung einstimmig gefaßten Beschlusses, die zweite Lesung des Konventionsentwurfes für eine internationale Abrüstungsregelung auf dieser fünften Tagung vorzunehmen, war die Mehrheit der Kommission durchaus abgeneigt, das nunmehr zu tun, desavouierte sich also damit selbst. Es kam zu lebhaften und z. T. recht scharfen Debatten, bei denen der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, energisch verlangte, daß nun endlich auf dem Gebiete der Abrüstung ein Schritt vorwärts getan werde. Graf Bernstorff wies auf die im Versailler Vertrag und in der Völkerbundsatzung enthaltene moralische und juristische Verpflichtung hin, der deutschen Abrüstung die allgemeine Abrüstung folgen zu lassen und gebrauchte das glückliche Bild eines Wechsels, den Deutschland hinsichtlich der Abrüstung in Händen habe, den es bisher stets prolongiert habe und auf den es nun endlich wenigstens eine Abschlagszahlung verlangen müsse. Der deutsche Delegierte brachte schließlich eine Resolution ein, durch welche die Vorbereitende Abrüstungskommission dem Völkerbundsrat die Bitte unterbreiten sollte, bei seiner nächsten Sitzung für die erste allgemeine Abrüstungskonferenz einen Termin bald nach der neunten Tagung der Völkerbundsversammlung, also gegen Ende dieses Jahres festzusetzen und die Regierungen zur Teilnahme an dieser Konferenz einzuladen. Dieses Verlangen des Grafen Bernstorff ergab sich ganz logisch aus der von der Mehrheit der Kommission vertretenen Ansicht, daß die Kommission vorläufig nicht in der Lage sei, zur zweiten Lesung ihres Konventionsentwurfs zu schreiten, da sie die bei der ersten Lesung zutage getretenen Gegensätze nicht aus der Welt schaffen könnte. Da die Vorbereitende Abrüstungskommission die erste Internationale Abrüstungskonferenz vorzubereiten hat, müßte sie deren Einberufung befürworten, wenn sie sich überzeugt, daß sie selbst die Grundlagen zu einer Einigung nicht finden kann.

Was schließlich von der Kommission beschlossen wurde, lag leider nicht auf dem Wege einer schleunigen Herbeiführung der Abrüstungskonferenz, sondern in der entgegengesetzten Richtung. Die Kommission verschob alles auf ihre nächste Tagung, die einberufen werden soll, sobald der Präsident sich nützliche Arbeit verspricht, jedoch möglichst vor der nächsten Völkerbundsversammlung. Dadurch, daß die Kommission keinen festen Termin für ihre nächste Tagung bestimmte, sondern diesen offen ließ, und durch die Begründung, mit der sie dies tat, hat sie mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß sie vorläufig keine Möglichkeiten der Einigung und damit für einen ersten Schritt zur Abrüstung sieht. Die Verhandlungen zeigten nur zu deutlich, daß ein positiver Wille zur Abrüstung beinahe nirgends besteht und daß das deutsche Volk die Hoffnung auf Ausgleichung der zwischen Deutschland und seinen Nachbarn bestehenden und für uns auf die Dauer unerträglichen Rüstungsdifferenzen auf dem Wege internationaler Abrüstung ausgeglichen zu sehen, allmählich auf den Nullpunkt herabsinken lassen muß.

Das polnische Grenzdekret.

Am 23. Dezember vorigen Jahres hat die polnische Regierung kraft der ihr im Sommer 1926 vom Sejm zugestandenen Vollmachten im Verordnungswege ein umfangreiches Grenzgesetz erlassen, das in Deutschland nicht nur ein starkes Interesse, sondern auch lebhaften Widerspruch hervorgerufen hat. Denn durch dieses Dekret werden vom Gesichtspunkt der Staatssicherheit aus den Verwaltungsbehörden sehr weitgehende Befugnisse übertragen, über den Aufenthalt von Inländern wie Ausländern im Grenzgebiet zu entscheiden, ja, unter Umständen dort befindlichen Grundbesitz zu enteignen. Damit schien einmal eine neue Bedrohung der deutschen Minderheit in den ehemals deutschen Gebietsteilen Polens gegeben, zumal bekannt ist, daß die Bemühungen zur weiteren Verdrängung des deutschen Elements, beispielsweise mit Hilfe der Agrarreform, sich von jeher besonders auf das Grenzgebiet richteten. Ferner wurden aber auch auf diese Weise der Niederlassung von Reichsdeutschen, deren Regelung durch den deutsch-polnischen Handelsvertrag angestrebt wurde, erneut erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Denn wenn auch das polnische Dekret allgemein von Ausländern spricht, liegt doch auf der Hand, daß in der Praxis in den polnischen Westgebieten fast nur Reichsdeutsche in Frage kommen. Diese Maßnahmen gegen das Niederlassungsrecht von Reichsdeutschen in Polen wurden in Deutschland um so peinlicher empfunden, als im Sommer 1927 über diesen Teil des deutsch-polnischen Handelsvertrags in Warschau bereits eine Verständigung erzielt worden war, die nun von Polen einseitig durchkreuzt wurde. Man muß dabei bedenken, daß der in Frage kommende Grenzstreifen von 30 km Breite den größeren Teil des Korridors und Polnisch-Oberschlesiens bedeckt. Überdies steht die Ausdehnung des Grenzdekrets auf Polnisch-Oberschlesien im Widerspruch mit den im deutsch-polnischen Genfer Abkommen für Oberschlesien getroffenen Bestimmungen über Wohnrecht und Aufenthalt.

Wegen der Ausdehnung dieses Grenzdekrets auf Oberschlesien legte die Deutsche Regierung bei der Gemischten Kommission für Oberschlesien Beschwerde ein. Im übrigen suchte sie die polnische

Regierung zu bewegen, noch vor dem Inkrafttreten des Dekrets am 23. März eine befriedigende Abänderung des Dekrets vorzunehmen.

In der Tat wurde in Warschau am 18. März ein Abänderungsdekret zu dem Grenzdekret veröffentlicht, aber die Abänderungen waren unzulänglich. Die Ausdehnung des Dekrets auf Oberschlesien blieb bestehen. Die einzige wesentliche Milderung zugunsten Reichsdeutscher bestand darin, daß die bereits in der Grenzzone wohnhaften Reichsdeutschen nicht neuerdings eine Aufenthaltsgenehmigung nachzusuchen brauchten. Nach wie vor wurde jedoch das Niederlassungsrecht später einreisender Reichsdeutscher in der 30-km-Zone von der Entscheidung lokaler Verwaltungsbehörden abhängig gemacht.

Damit haben die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen eine neuerliche Belastung erfahren. Es erscheint unter diesen Umständen kaum möglich, daß die deutsche Delegation zu der Fortsetzung der Verhandlungen über die Zollfragen nach Warschau zurückkehrt, ehe diese unerfreuliche Wendung in der Niederlassungsfrage geklärt ist. Von polnischer Seite wird behauptet, daß das Gesetz weder ungewöhnlich sei, noch etwas wesentlich Neues bringe. Damit wird man sich mit Polen auseinanderzusetzen haben; die erhebliche Schlechterstellung der Reichsdeutschen in Polen infolge des Grenzdekrets steht jedenfalls außer Zweifel. Tendenziös und falsch ist die wohl inspirierte Behauptung der polnischen Presse, daß man auf deutscher Seite das Dekret nur als Vorwand für eine Verschleppung der Verhandlungen benutze.

Die Verhaftung von Reichsdeutschen im Donezgebiet.

Am 5. März teilte der Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin in Moskau dem Deutschen Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau mit, daß mit einer größeren Zahl sowjetrussischer Ingenieure und Monteure wegen planmäßiger staatsfeindlicher Sabotage im Industriegebiet des Donezreviers auch sechs Reichsdeutsche verhaftet werden würden, für deren Beteiligung an dieser Verschwörung Beweise vorhanden seien. Diese Verhaftungen fanden in der Tat in der Nacht zum 6. März statt. Wie sich erst nach Wochen herausstellte, war einer dieser sechs, und zwar anscheinend der nach dem Material der Sowjetbehörde am schwersten belastete, ein gewisser Koster, überhaupt kein Reichsdeutscher. Von den übrigen fünf waren vier Ingenieure und Angestellte der A. E. G., einer Monteur einer Firma Knapp im Ruhrgebiet. Von den Angestellten der A. E. G. wurden nach nahezu zwei Wochen der Ingenieur Goldstein und der Monteur Wagner wieder aus dem Gefängnis entlassen. Goldstein traf am 22. März in Berlin ein und berichtete dort, daß er bis zum 14. März, ohne verhört zu werden, in schmutzigen, überfüllten Gefängnissen gesessen habe, daß bei seinem Verhör am 14. März sich herausstellte, daß er nur durch die falsche Übersetzung eines harmlosen Berichts einer seiner Monteure, der in die Hände der Polizei — G. P. U. — gefallen war, in Verdacht geraten sei, daß er aber nach Aufklärung dieses Sachverhalts zunächst besser untergebracht und alsbald freigelassen worden sei. Wegen der übrigen Verhafteten hat die Deutsche Botschaft in Moskau genauere Mitteilungen über die gegen sie erhobenen Beschuldigungen und die Zulassung von Besuchen amtlicher deutscher Vertreter verlangt, was beides den Bestimmungen des deutsch-sowjetrussischen Niederlassungsabkommens vom Jahre 1925 (Berliner Vertrag) entspricht.



Albrecht Dürer — Die Mutter des Künstlers

Dies ist der nüchterne äußere Sachverhalt nach dem Stand vom Ende März. Durch seine Bedeutung für die Gesamtlage der Reichsdeutschen in der Sowjetunion und damit für die Beteiligung Deutschlands an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands und durch die politischen Begleitumstände, insbesondere durch eine Rede des Volkskommissars Rykow, in der die verhafteten Deutschen bereits als überführt und schuldig behandelt wurden, ist dieser Zwischenfall jedoch zu einem großen politischen Ereignis geworden. Dies kommt in der einmütigen Haltung der deutschen öffentlichen Meinung zum Ausdruck, die ebenso wie die Spitzenverbände der deutschen Industrie an eine Schuld der Verhafteten nicht glaubt und Garantien gegen die Wiederholung solcher Maßnahmen der Sowjetbehörden verlangt, darüber hinaus aber auch in der Unterbrechung der deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsbesprechungen, die seit Mitte Februar in Berlin stattfanden. Die Presse der Sowjetunion weist die Haltung der deutschen öffentlichen Meinung als Einmischung in die inneren Rechtsverhältnisse der Sowjetunion scharf zurück. Aber abgesehen davon, daß sich bereits in den Fällen Koster und Goldstein die Unzuverlässigkeit der Informationen der Sowjetbehörden herausgestellt hat, erregt es das Mißtrauen der deutschen Öffentlichkeit, daß die Rechtsprechung der Sowjetunion eben Klassenjustiz ist und sein will.

Falsch ist es, wenn ein Teil der ausländischen Presse in dem Deutsch-sowjetrussischen Zwischenfall eine grundsätzliche Wendung der deutschen Politik sehen will — eine Wendung, die eben diesen Blättern sehr erwünscht wäre. Auf deutscher Seite besteht eine solche Absicht nicht, und noch weniger hat eine solche Absicht zu der Entwicklung des Konflikts beigetragen. Im übrigen wird erst der weitere Ablauf der Ereignisse und eine endgültige Klärung des Schicksals der noch in Haft befindlichen Reichsdeutschen ein Urteil über die Bedeutung und die Wirkungen des Zwischenfalls gestatten.

Die sozialpolitischen Maßnahmen aus dem Notprogramm des Reichstags.

Im Reichstag wurden zuletzt auch die Vorlagen aus dem Notprogramm beraten, die den Sozialrentnern der Invaliden- und Angestelltenversicherung sowie der knappschaftlichen Pensionsversicherung eine Verbesserung ihrer Rentenbezüge gewähren sollen. Der Regierungsentwurf ging in gleicher Weise wie die Vorlagen, die zu den Gesetzen vom 23. März 1925 und vom 8. April 1927 führten, von dem Grundsatz aus, jenen Versicherten eine Rentensteigerung zu gewähren, die schon vor dem 30. September 1921 Beiträge gezahlt haben. Bei dem Wiederaufbau der Sozialversicherung nach der Inflationszeit war für die Beitragszeiten vor dem 1. Januar 1924 zunächst kein Steigerungsbetrag vorgesehen. Durch das Gesetz vom 23. März 1925 wurden dann für die Beitragszeiten vor dem 30. September 1921 in den einzelnen Lohnklassen gewisse Steigerungsbeträge festgesetzt, die durch das Gesetz vom 8. April 1927 noch einmal verdoppelt worden sind. Durch das jetzt zur Annahme gekommene Gesetz wurden die Steigerungsbeträge um rund weitere 40 v. H. erhöht. Für eine Invalidenrente, deren Steigerungsbetrag im Reichsdurchschnitt nach dem Gesetz vom 23. März 1925 fünfzig Reichsmark und nach demjenigen vom 8. April 1927 hundert Reichsmark ausmacht, beträgt der Steigerungsbetrag nach dem neuen Gesetz 140 RM. Damit nicht auch solche Fälle einbezogen werden, in denen eine nur geringe Anzahl von Beitragsmarken aus der Vorinflationszeit geklebt worden ist, wird eine Mindestverwendung von 200 Beitragsmarken vor dem 1. Oktober 1921 verlangt. Nach den vorgenommenen Schätzungen laufen am 1. April 1928 etwa 1,9 Millionen Invaliden-, Kranken- und Altersrenten, 350 000 Witwen- und Witwerrenten und 750 000 Waisenrenten. Der Gesamtaufwand, der in der Invalidenversicherung auf Grund des neuen Gesetzes entstehen wird, und den das Reich aus eigenen Mitteln zu decken haben wird, ist mit etwa 100 Millionen Reichsmark jährlich veranschlagt. Da die Erhöhung für die laufenden Renten am 1. Juli 1928 in Kraft treten wird, wird der Reichshaushalt des Jahres 1928 mit rund 75 Millionen Reichsmark belastet werden. Für die nach dem 31. März 1928 zu bewilligenden Renten übernehmen die Versicherungsträger die Kosten der Erhöhung.

In der Angestelltenversicherung, wo sich das Ruhegeld aus dem in allen Klassen gleichen Grundbetrag von 480 Reichsmark und einem in den einzelnen Gehaltsklassen verschieden hohen Steigerungsbetrag zusammensetzt, macht die Erhöhung der jährlichen Gesamtbelastung etwa 10 Millionen Reichsmark aus. Die durch das Gesetz vom 23. März 1925 gewährten Steigerungsbeträge hatten bei einer durchschnittlichen Erhöhung des Ruhegeldes um 11 Reichsmark bereits eine Erhöhung der Gesamtausgaben 14 Millionen Reichsmark bewirkt. Auf das einzelne Ruhegeld macht die neue Erhöhung der Steigerungsbeträge nur 7 bis 8 Reichsmark aus.

Wenn in der knappschaftlichen Pensionsversicherung neben einer Rente aus dieser Versicherung eine solche aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung gewährt wird, so ruht der Grundbetrag bei der Rente aus der Pensionsversicherung. In diesem Falle ist die Ruhensvorschrift auch auf die Erhöhung der Steigerungsbeträge aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung ausgedehnt worden. Durch diese Maßnahme wird die Pensionskasse um 8 bis 10 Millionen Reichsmark jährlich entlastet werden.

Eine Entschließung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages hatte weiterhin verlangt, daß den Sozialrentnern die Aufbesserung nicht durch eine entsprechende Kürzung der Fürsorgeleistungen verlorengehen soll. In der Angestelltenversicherung ver-

langt die Entschließung eine angemessene Erhöhung der Versicherungsgrenze. Auch diese Entschließungen sind vom Reichstag angenommen worden und außerdem eine weitere Ausschußentschließung, wonach dem Reichstag mitgeteilt werden soll, unter welchen Voraussetzungen bei der Angestelltenversicherung die Altersgrenze auf 60 Jahre und die Wartezeit auf 60 Pflichtbeitragsmonate herabgesetzt werden kann.

Das Inkrafttreten des neuen Gesetzes wird durch ein sogenanntes Mantelgesetz noch bestimmt werden.

In derselben Reichstagssitzung, in der die vorerwähnten Beschlüsse gefaßt worden sind, wurde schließlich ein Initiativgesetzentwurf angenommen, wonach die Krisenunterstützung über den 31. März 1928 hinaus um drei Monate verlängert wird. Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 unterscheidet bekanntlich zwischen dem normalen Versicherungsrisiko und dem sogenannten Krisenrisiko. Trotz ihrer Eingliederung in das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist die Krisenunterstützung lediglich eine Fürsorgemaßnahme. Das Aufhören der Krisenunterstützung mit dem 31. März 1928 hätte angesichts der z. Z. noch ungünstigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte für die Krisenunterstützungsempfänger schwere Härten im Gefolge gehabt. Um dies zu vermeiden, ist auf dem Wege des Initiativentwurfes die jetzt genehmigte Regelung in Vorschlag gebracht worden. Die Bestimmung des Personenkreises und sonstiger Einzelheiten wird demnächst durch den Reichsarbeitsminister erfolgen. Gleichzeitig mit der Annahme der Verlängerung der Krisenfürsorge wurde die Übernahme der Kosten der Krisenunterstützung auf das Reich beschlossen. Dr. Eibel.

Denkschrift des Reichsministers des Innern über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1926.

Einen breiten Raum in dieser Übersicht nimmt die Bevölkerungsbewegung ein. Betrachtet man die Bewegung im Deutschen Reich im allgemeinen, so zeigt sich deutlich, daß diese auf eine starke Einschränkung des Bevölkerungszuwachses hinstrebt. Dabei hat die Zahl der Eheschließungen trotz der Wohnungsnot seit 1924 zugenommen und hält sich nun auf der Höhe des letzten Vorkriegswertes. Dagegen hat die Zahl der lebend Geborenen erheblich abgenommen. Wenn die Zahl 1924 20,5 auf 1000 betrug, betrug sie im Jahre 1926 nur 19,5. Vergleicht man etwa diese Zahlen mit dem Durchschnitt der Jahre 1871—80, so ergibt sich, daß heute die Zahl der lebend Geborenen fast genau die Hälfte beträgt wie in diesem Zeitabschnitt, nämlich 38,9 : 19,5. Der große Unterschied wird allerdings etwas dadurch ausgeglichen, daß von den im Jahre 1871—80 Geborenen ungefähr ein Drittel im Laufe der ersten fünf Jahre wieder starben, während dies im Jahre 1926 nur bei einem Siebentel der Fall war. 1871 überlebten 26 Geborene das fünfte Lebensjahr, im Jahre 1926 siebzehn. Trotz des Rückganges der tatsächlichen Sterblichkeit wird der Überschuß der lebend Geborenen bald nicht mehr ausreichen, um den Ausfall zu decken. Der Überschuß der lebend Geborenen betrug 1924 noch 8,2, während er 1926 nur 7,8 betrug. Diesem Sinken der Geburtenziffer Deutschlands und den sich in ähnlicher Weise entwickelnden Ziffern der nordwesteuropäischen Länder stehen die stark ansteigenden Geburtenziffern der russischen Länder gegenüber, wo z. B. die Geburtenziffer der Ukraine im Jahre 1926 den Wert von 42,1 lebend Geborenen auf 1000 Einwohner erreichte. Die Ukraine hat fast die gleiche absolute Geburtenziffer wie Deutschland, trotzdem ihre Einwohnerzahl geringer ist als die Hälfte der Einwohner des Deutschen Reiches. Besonders bedenklich erscheint dieser Geburtenrückgang, wenn man die Gemeinden mit mehr als 15 000 Einwohner betrachtet, besonders schlecht schneidet Berlin dabei ab. Statt des Gesamtdurchschnittes von 19,5 hatte Berlin nur eine Geburtenziffer von 10,6, die Orte mit 100 000 und mehr Einwohner (ohne Berlin) 15,3, die Orte zwischen 15 000 und 100 000 Einwohner annähernd 17. Wenn auch diese absoluten Zahlen außerordentlich gering sind, so ist die Abnahme der Geburtenziffer im Jahre 1926 der Geburtenziffer im Jahre 1924 in den kleinen Gemeinden beträchtlicher als in den großen Gemeinden. Während die Geburtenziffer 1924 in den Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern ungefähr die gleiche war wie 1926, betrug sie bei den Gemeinden unter 50 000 Einwohner etwa 5 v. H. weniger. Der Rückgang der Geburtenziffer betrifft vorwiegend die ehelichen Geburten, so daß die unehelichen Geburten relativ gegenüber den ehelichen zugenommen haben. Die starke Zunahme des Anteils der unehelichen Geburten an der Gesamtzahl der Geburten erklärt sich, zum Teil wenigstens, durch den großen Überschuß an Frauen im gebärfähigen Alter. Während im Jahre 1910 der Überschuß der gebärfähigen Frauen gegenüber den zeugungsfähigen Männern in Bayern, pro 1000 gerechnet, nur 58 betrug, betrug er im Jahre 1925 292, in Württemberg war das Verhältnis 47 : 276, Baden, das 1910 sogar weniger Frauen als Männer hatte, wies 1925 einen Überschuß von 293 Frauen pro 1000 auf.



Albrecht Dürer Jugendbildnis

Erfreulich ist die Abnahme der Säuglingssterbeziffer. Während sie um die Wende des Jahrhunderts noch 18 betrug, beträgt sie heute nur noch 10 auf 100 Lebendgeborene. Auch die Sterblichkeit der Kleinkinder im Alter von 1 bis 5 Jahren hat sich wesentlich gebessert. Während um die Wende des Jahrhunderts noch 2,2 auf 100 starben, starben 1925 nur 0,7 und stellt damit eine der niedrigsten Sterbeziffern für dieses Alter in Europa dar. Für die Beurteilung der Gesundheitsverhältnisse ist der starke Rückgang der Sterblichkeit der 5- bis 10jährigen Kinder um so beachtlicher, als es sich hier um Geburtenjahrgänge der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit handelt. Von 1000 dieser Kinder starben im Jahre 1925 nur 1,8. Die Sterblichkeit der Kinder von 10 bis 15 Jahren reicht mit 1,3 Sterbefällen bereits sehr nahe an das überhaupt festgestellte internationale Minimum von 1,0 heran, das im Jahre 1924 von Neuseeland erreicht wurde. Auch die Sterblichkeit der Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren ist von der beängstigenden Höhe in der Inflation unter den letzten Vorkriegsstand zurückgegangen. Nur die Sterbeziffer der 20- bis 25jährigen Männer hat den Vorkriegsstand noch nicht unterschritten. Im mittleren Alter war der Verlauf der Sterblichkeit in den letzten Jahren dadurch charakterisiert, daß die Sterblichkeit der Frauen im Vergleich zum Jahre 1913 weniger gesunken ist als die der gleichaltrigen Männer. Die Ursache hierfür könne in der Zunahme der beruflichen Frauenarbeit und in dem starken Anwachsen der nicht selten tödlich verlaufenden Abtreibungen der Leibesfrucht gesucht werden.

Der Gesundheitszustand hat sich im Jahre 1926 gegenüber dem Vorjahre gebessert. Trotz der erheblichen Arbeitslosigkeit hat die Zahl der Krankmeldungen an den Krankenkassen abgenommen. Die Sterblichkeit an Infektionskrankheiten hat sich im allgemeinen auf dem niedrigen Stand des Vorjahres gehalten; nur die Zahl des Scharlachs und des Keuchhustens hat etwas zugenommen, während Masern und Diphtherie abgenommen haben. Es erscheint auffällig, daß die Todesfälle an Diphtherie zahlenmäßig kleiner sind als die an Keuchhusten, nämlich 915 : 1518. Auch die Todesfälle an Scharlach sind geringer als die Todesfälle an Masern, nämlich 435 : 817. Die spinale Kinderlähmung hat etwas zugenommen, nämlich von 1200 auf 1600 Fälle, der Typhus herrschte mit 12 300 Erkrankungen und 1100 Sterbefällen trotz der Epidemie in Hannover nicht stärker als im Vorjahre.

Besonders bemerkenswert war die weiter erhebliche Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit. Sie ist in den Nachkriegsjahren von 1920 bis 1926 gefallen von 15,4, 13,6, 14,2, 15,1, 12,0, 10,7, auf 9,9 pro 10 000 der Bevölkerung. Damit sind diese Ziffern nahe an das europäische Minimum der Tuberkulosesterblichkeit, das gegenwärtig Dänemark und England aufweisen, herangekommen.

Von den Geschlechtskrankheiten haben die frischen Syphiliserkrankungen beträchtlich abgenommen, während die Gonorrhöe etwas zugenommen hat. Die Rachitis ist erheblich eingeschränkt worden, der Krebs scheint etwas zugenommen zu haben, was wohl dadurch bedingt ist, daß die Menschen heute älter werden als wenige Jahrzehnte früher, und daß die Krankheits- und Todesursachenfeststellung eine genauere geworden ist.

Die zahlenmäßig bedeutendste Todesursache bilden die Krankheiten der Kreislauforgane, besonders, wenn man diesen auch den Gehirnschlag zuzählt. So starben an Krankheiten der Kreislauforgane 17,6, am Gehirnschlag 6,6 Personen, auf 10 000 Lebende berechnet. Die Zahlen der tödlichen Verletzungen sind zurückgegangen, während die Zahl der Selbstmorde etwas gesteigert war.

Was den Alkoholverbrauch angeht, so ist eine dauernde Steigerung in der Nachkriegszeit bemerkbar, wenngleich die Ziffern die

Vorkriegszeit noch nicht erreicht haben. Im gleichen Verhältnis stieg auch die Aufnahme wegen Alkoholismus in Krankenhäusern. Während 1923 etwa 8000 derartige Kranke verpflegt wurden, wurden 1925 15 000 verpflegt. Der Verbrauch an Zigarren ist von 1922 bis 1926 von 3,7 auf 6 Milliarden Stück, der an Zigaretten von 23 auf 29 Milliarden Stück gestiegen. Wesentlich gestiegen ist ferner die Zahl der in Anstalten für Geistes- und Nervenkrankheiten behandelten Morphinsüchtigen und an anderen narkotischen Giften Leidenden.

Die Ernährungsverhältnisse waren im allgemeinen günstige. Trotzdem sind in einzelnen Bezirken noch gewisse Notstände unverkennbar. Das liegt auf der Hand, daß diese vorwiegend in den am ungünstigsten gestellten Personenkreisen, so bei den Arbeitslosen, den Sozialrentnern, den Kleinrentnern, auch bei den kinderreichen Familien mit kleinem Einkommen, zu suchen sein werden. Die Notstände mahnen dringend zur Fortsetzung der Schulspeisungen, namentlich dort, wo Erwerbslosigkeit im größeren Umfange herrscht, und zur beharrlichen Aufklärung über sparsame und gesundheitlich zweckmäßige Ernährung.

Was die Bautätigkeit angeht, so hat sich die Zahl der neu hergestellten Wohnungen erheblich gesteigert, indem sie in dem Berichtsjahr zum erstenmal die Zahl von 200 000 überschritten hat. Aber selbst, wenn die Bautätigkeit sich auf der Höhe des Berichtsjahres halten würde — was nach mancherlei Andeutungen unwahrscheinlich ist —, so würde die schon vorhandene Wohnungsnot dadurch kaum behoben werden, da wir in jedem Jahr mit einem Abschluß von 200 000 Ehen zu rechnen haben.

Zusammenfassend ergibt sich ein allgemein befriedigender Gesundheitszustand des deutschen Volkes, selbst gemessen an den Verhältnissen der Vorkriegszeit. Die Verbreitung der übertragbaren Krankheiten ist überaus gering, ebenso ist die Sterblichkeit an den übrigen Krankheiten in Abnahme begriffen. Der Ernährungszustand des Volkes kann wieder als allgemein befriedigend bezeichnet werden, freilich muß ein gegen die Vorkriegszeit stark vermehrter Anteil der Nahrungsmenge durch die Einfuhr gedeckt werden. Schließlich bildet der Wohnungsmangel eine starke Hemmung gegen die Fortentwicklung des deutschen Volkes.

Prof. Dr. Adam-Berlin.



Albrecht Dürer — Bericht an den Arzt

Deutsche Kulturselbstverwaltung in Estland.

Die Deutschen in Estland sind bekanntlich die einzige Minderheit, die volle Kulturautonomie besitzt. Das im Februar 1925 angenommene Gesetz über die Kulturselbstverwaltung der völkischen Minderheiten gibt ihnen das Recht, die Organisation, Verwaltung und Überwachung des öffentlichen und privaten Schulwesens sowie die Fürsorge für ihre sonstigen kulturellen Aufgaben selbst in die Hand zu nehmen. Die Übernahme sämtlicher privater und öffentlicher Schulen durch die deutsche Kulturselbstverwaltung ist im Laufe des Jahres 1926 erfolgt.

Eines der wichtigsten Probleme ist für die Kulturverwaltung die zweckmäßige Ausgestaltung des übernommenen Schulnetzes. Dieses Problem ist im „Revaler Boten", dem führenden Blatt der Deutschen Estlands, in einer ganzen Reihe von Aufsätzen öffentlich diskutiert worden. Es bildete auch den Gegenstand der Herbsttagung des deutschen Kulturrats — der Vertreterkörperschaft der deutschen Kulturselbstverwaltung —, die am 4. und 5. Dezember in Reval stattfand. Die Kulturverwaltung hatte dem Kulturrat ein Projekt vorgelegt, das vor allem zwei Gesichtspunkten Rechnung tragen wollte. Einmal sollte durch das Projekt ein neuer Schultyp, der zwischen Grundschule und höherer Schule steht, geschaffen werden, an dem es bisher gefehlt habe. Die Grundschule, so führte der Präsident der Kulturselbstverwaltung aus, war als Abschluß für die Schulbildung nicht geeignet, da die Kinder beim Verlassen der Grundschule noch zu jung sind, um gleich in einen Beruf hineinzugehen. Infolgedessen werden die Kinder auf die höheren Schulen geschickt und damit überwiegend dem Universitätsstudium oder den großen Büros zugeführt, obwohl ihnen diese Laufbahn heute nicht die genügenden Erwerbsmöglichkeiten bietet. Die Kulturverwaltung hält deshalb eine gewisse Einschränkung des höheren Schulwesens und Schaffung eines Schultyps für nötig, der den Kindern, ohne sie bis zum Abitur zu führen, eine abgeschlossene Schulbildung vermittelt und sie mehr als bisher dem Gewerbe, Handwerk und der Landwirtschaft zuführt. Der andere Gesichtspunkt, von dem sich die Kulturselbstverwaltung leiten ließ, war finanzieller Natur. Es besteht die dringende Notwendigkeit, die Lehrergehälter, die kaum das Existenzminimum erreichen, zu erhöhen. Die Lehrer warten schon seit Jahren auf eine Aufbesserung ihrer Bezüge und haben erst jetzt wieder der Kulturverwaltung eine sehr dringliche Denkschrift eingereicht. Schließlich ließ sich die Kulturselbstverwaltung noch von dem Gedanken bestimmen, möglichst in vollem Maße den bestehenden Rechtsanspruch auf Unterhalt von Grundschulen durch Kommunen und Staat auszunutzen.

Über den vorgelegten Vorschlag entspann sich eine lebhafte, aber immer sachliche und auf beachtlichem Niveau stehende Debatte. Besonders wehrten sich die Vertreter der kleinen Städte gegen einen Abbau ihrer höheren Schulen, die sie als das Zentrum und Rückgrat ihrer deutschen Kultur betrachten. Verschiedentlich wurde auch die Befürchtung geäußert, daß bei einer Einschränkung des höheren Schulwesens die deutschen Kinder in die estnischen höheren Schulen gedrängt würden. Überhaupt würde eine solche eine Senkung des ganzen deutschen Kulturniveaus bedeuten. Der von der Kulturverwaltung vorgeschlagene Zwischentyp sei weder lebensfähig noch notwendig; die estländischen Deutschen brauchten gerade eine starke Oberschicht als Träger und Bewahrer ihres Deutschtums.

Auf der anderen Seite fand sich bei einem großen Teil der Kulturratsmitglieder doch auch Verständnis und Zustimmung für die Notwendigkeit einer gewissen Einschränkung. Vor allem traten mehrere Redner der Befürchtung entgegen, als wolle die Kulturverwaltung mit ihrem Projekt auch den dafür befähigten Kindern den Weg zur Universität erschweren oder gar verlegen und gewaltsam die soziale Struktur des estländischen Deutschtums ändern. Auch der von einer Seite konstruierte weltanschauliche Gegensatz zwischen Gegnern und Befürwortern des Vorschlages — es wurde behauptet, daß die einen die Frage nur unter kulturpolitischem, die anderen lediglich unter wirtschaftlichem Gesichtswinkel betrachteten — wurde vom Abgeordneten Hasselblatt mit der Bemerkung ins Gleiche gebracht, daß ein durch die Verhältnisse erzwungenes Sichstrecken nach der Decke noch keinen Gegensatz zwischen Wirtschaft und Kultur zu bedeuten brauche. Immerhin wurde das Projekt der Kulturverwaltung auf Grund der in der Debatte zutage getretenen Ansichten und Wünsche in einer Reihe von Punkten abgeändert. Das Schulnetz wurde im einzelnen für jede Stadt und jeden Ort eingehend durchberaten und genau festgelegt mit einer einzigen Ausnahme, wo die endgültige Entscheidung auf die nächste Session vertagt wurde. Als Ergebnis kann man feststellen, daß auf die Wünsche der kleinen Städte soweit wie irgend möglich Rücksicht genommen und das Vorhandene nach Möglichkeit geschont, aber an einigen Stellen doch die unbedingt notwendig erscheinenden Einschränkungen vorgenommen wurden.

Die Debatten im estländisch-deutschen Kulturrat zeigen über die lokale Bedeutung hinaus vor allem eins: wie richtig es ist, einer Minderheit die Verantwortung für ihr Schulwesen selbst in die Hand zu legen. Ähnliche Maßnahmen vom Staate verfügt, würden zweifellos auf scharfen Widerstand stoßen. Selbstverwaltung erzieht zur Selbstverantwortung.

Die tschechische Propaganda.

Der Außenminister Dr. Benesch hat am 19. November vorigen Jahres im Haushaltsausschuß des Prager Parlaments sehr bemerkenswerte Erklärungen über die tschechische Propaganda abgegeben. Zur Widerlegung der Beschuldigungen von oppositioneller Seite, daß das tschechische Außenministerium die Propaganda vernachlässige bzw. daß die gemachte Propaganda nicht dem Zwecke entspreche, führte er im einzelnen das an, was die tschechische Auslandspropaganda leiste; danach gibt das Außenministerium eine Tageszeitung, eine Wochenrevue und verschiedene Broschüren heraus. Die Zeitung „Prager Presse" werde täglich von 13—15 Weltblättern zitiert, die Wochenschrift „L'Europe Centrale" werde von mindestens 15—20 großen Auslandsblättern zitiert und leiste ganz besondere Dienste. Die in Englisch geschriebene Zeitschrift „Central European Observer" diene insbesondere den englischen Wirtschaftszeitungen als Informationsquelle. Ferner werde mit Mitteln des Außenministeriums die russische Zeitung „Centralnaja Europa" herausgegeben. Vom Oktober 1926 bis Oktober 1927 seien unter Mitarbeit, aber nicht mit amtlicher Subvention oder unter amtlichem Druck 124 Bücher über die tschechoslowakische Republik erschienen, davon 31 französische, 19 deutsche, 18 englische, 10 polnische, 8 schwedische, 8 lettische, 7 serbokroatische, außerdem vereinzelte in fast sämtlichen europäischen Sprachen. Benesch zählt dann noch als besondere

Leistungen der Auslandspropaganda 15 Sondernummern ausländischer Zeitungen auf, 22 Ausstellungen bildender und dekorativer Künste, von denen sieben in Deutschland und drei in England veranstaltet worden sind, ferner die zahlreichen Unterstützungen, die der Filmpropaganda, Theatern, literarischen Veranstaltungen, Friedensgesellschaften, Studentenkongressen und der Kirchenpropaganda (!) gewährt worden sind. Als einen mächtigen Faktor der Propaganda erwähnt er den gesellschaftlichen Verkehr und hebt rühmend hervor, wie das unter seiner Leitung stehende Ministerium auch diesen Anforderungen immer mehr gerecht werde, trotz der großen Schwierigkeiten, die sich naturgemäß daraus ergeben hätten, daß der neue Staat plötzlich 1500 Beamte in den diplomatischen Beruf hätte einführen müssen.

Wenn wir die anscheinend mit großer Offenherzigkeit abgegebenen Erklärungen des Herrn Benesch näher besehen, so werden wir finden, daß sie nach zwei Richtungen hin einer Berichtigung bedürfen. Erstens überschätzt er den Wert der aufgezählten Leistungen seiner Propaganda außerordentlich, zweitens verschweigt er so manches, was für die Öffentlichkeit von besonderem Interesse ist. Beides ist ja von seinem Standpunkt durchaus zu verstehen. Er hatte ja einerseits die Aufgabe, sich gegen die Angriffe der Opposition zu rechtfertigen, andererseits aber auch die Pflicht, das System der tschechischen Propaganda nicht ganz aufzudecken. Einen Zweck scheint er aber besonders verfolgt zu haben, nämlich Propaganda für die tschechische Propaganda zu machen, denn er hat ihren Wert dadurch noch unterstreichen wollen, daß er erklärte, sie sei auf Sachlichkeit, Wissenschaftlichkeit, Korrektheit und Loyalität begründet.

Als Ausgangspunkt der tschechischen Auslandspropaganda kann der Verlag „Orbis" in Prag angesehen werden, der die „Prager Presse" und die anderen schon genannten Zeitschriften, die übrigens auch nur sehr geringe Verbreitung haben, die verschiedenen Broschüren und Bücher propagandistischen Charakters herausgibt. Mit ihm ist auch die Nachrichtenagentur „Central European Preß" (Ceps) verbunden. Ihre jetzige Form hat sie erst nach mehrjährigen Experimenten erhalten. Sie besitzt eine Abteilung für Mittel- und Osteuropa, der es gelungen war, in Rumänien, Jugoslawien, in der Schweiz, in Wien und sogar in Budapest, hier allerdings nur vorübergehend, Fuß zu fassen; doch ist ihr Wirkungsfeld heute schon wieder kleiner geworden, wenn sie auch durch einen deutschen Funkdienst insbesondere auf deutsch geschriebene Zeitungen einen gewissen Einfluß ausübt.

Die tschechische Auslandspropaganda war in den ersten Jahren nach dem Umsturz sehr aufdringlich und stark unterstrichen. Infolgedessen stieß sie allmählich überall auf Ablehnung; sie hatte sich übersteigert und war deshalb wirkungslos geworden. Auf Grund der gemachten Erfahrungen versucht man nun, den tschechischen Charakter dieser Propaganda möglichst zu verschleiern; das geht so weit, daß man schon seit längerer Zeit zum Mittelpunkt dieser propagandistischen Tätigkeit Wien zu machen versucht. Es ist eine der unerfreulichsten Erscheinungen, daß die tschechische Propaganda mit ihrem Geld mehrere Zeitungen in Wien ihren Zwecken dienstbar gemacht hat. Die ziemlich engen Beziehungen zwischen „Prager Presse" und „Wiener Tagblatt" sind ja bekannt. Aber auch auf „Stunde", „Börse", „Tag" und „Morgen" macht sich der tschechische Einfluß infolge der finanziellen Beteiligung der „Orbis" an dem Kronosverlag und der Vernaydruckerei mehr oder weniger geltend. Es ist leicht zu verstehen, daß diese Verbindungen der tschechischen Propaganda den Weg auch nach dem Ausland sehr erleichtern. Daneben verfolgt man selbstverständlich auch gewissermaßen innerpolitische Ziele: man will die eigene Politik gegen die Sudetendeutschen in harmloserem Licht erscheinen lassen und gleichzeitig den Anschlußwillen lähmen.

Außer in Österreich macht sich auch in der Schweiz die tschechische Propaganda geltend, wo manche deutsche Zeitungen nur zu willig ihr Gefolgschaft leisten.

Die amtlichen Kosten der sogenannten Auslandspropaganda werden auf Grund des Etats, der allerdings nicht sehr durchsichtig ist, auf jährlich 14 bis 15 Millionen Kronen (nicht ganz 2 Millionen Reichsmark) berechnet. Doch kann angenommen werden, daß diese Summe noch aus anderen Fonds ergänzt werden muß, wenn alle die kostspieligen Aufgaben erfüllt werden sollen. Es ist ferner nicht zu übersehen, daß es sich hier um die reine Auslandspropaganda handelt, die dem Ministerium des Äußeren untersteht, und daß die innere Propaganda selbständig vom Ministerpräsidium aus betrieben wird. Diese, sicherlich nicht weniger teuer als die andere, richtet sich in der Hauptsache gegen die Minderheiten der Tschechoslowakei, in erster Linie gegen die Deutschen, und greift natürlich auch auf das Ausland über, da es den Tschechen sehr viel daran liegt, ihre Minderheitenpolitik nach außen hin zu rechtfertigen. So wird aus Mitteln des Ministerpräsidiums die „Tschechoslowakische Korrespondenz" herausgegeben, die in alle Länder mit deutsch geschriebenen Zeitungen (insbesondere nach Österreich und der Schweiz) meist unentgeltlich vertrieben wird. Mit der gleichen amtlichen Unterstützung werden auch zahlreiche deutsche, ungarische, slowenische und ruthenische Zeitungen herausgegeben. Zu diesen gehören insbesondere das „Prager Abendblatt", die im Saazer Wolfverlag erscheinende „Deutsche Morgenzeitung", „Deutsche Abendzeitung", „Deutsche Arbeiterzeitung", „Komotauer Tagblatt", „Neue Woche", „Brüxer Tagblatt", „Aussiger Tagesbote", „Teplitzer Tagblatt", „Podersamer Zeitung", „Karlsbader Tagespost", „Warnsdorfer Tagblatt" und „Postelberger Zeitung". Auch die amtliche „Brünner Morgenpost" für Mähren und die „Troppauer Neuesten Nachrichten" für Schlesien sind tschechische Erzeugnisse, die ihre Existenz der Presseabteilung des Ministerpräsidenten zu verdanken haben. Sie richten in der deutschen Bevölkerung sehr viel Schaden an, da sie, gestützt auf die Steuergelder auch der Deutschen, der deutschgesinnten Presse leicht eine unlautere Konkurrenz machen können.

Wenn oben gesagt wurde, daß Benesch die Leistungen der tschechischen Auslandspropaganda gewissermaßen als seine eigenen Leistungen zweifellos überschätzt, so will damit ja nicht gesagt sein, daß wir sie nun unterschätzen sollen. Sie ist in vieler Hinsicht sehr aktiv und auch geschickt, immer aber bleibt sie für uns gefährlich, denn ihre Grundtendenz ist den Deutschen im allgemeinen und Deutschland nicht freundlich, sie ist sogar in ihrem Wesen deutschfeindlich. Darüber darf man sich nicht täuschen lassen, wenn auch dieser Grundcharakter zuweilen, z. B. unter den veränderten innen- und außenpolitischen Verhältnissen der Jetztzeit, weniger scharf in Erscheinung tritt. Deshalb müßte man es sich in viel höherem Maße, als es bis jetzt der Fall war, angelegen sein lassen, die Methoden, Kanäle und Mittel der tschechischen Propaganda, von denen in obigen Ausführungen einige angeführt worden sind, zu beobachten und kennenzulernen, um ihnen um so wirksamer begegnen zu können.

Rekordjahr der amerikanischen Kapitalausfuhr.

Vor dem Weltkriege waren die Vereinigten Staaten an Europa mit über 5 Milliarden Dollar verschuldet. Heute hat sich bekanntlich die Lage völlig ins Gegenteil verkehrt. In immer gewaltiger sich steigerndem Ausmaße befruchtet amerikanisches Geld in seinen verschiedenen Erscheinungsformen die Welt, sie zu immer größerer wirtschaftlicher Aktivität weckend.

Die amerikanische Kapitalausfuhr hat im vergangenen Jahre einen neuen Rekord erreicht. Nach einer Zusammenstellung eines auf dem Gebiete der amerikanischen Finanzstatistik führenden Sachverständigen hat Amerika im Jahre 1927 mindestens netto 2 Milliarden Dollar im Auslande in Anleihen, Aktienkäufen, Beteiligungen, Grundstücken usw. investiert. Bei der bekannten außerordentlichen Schwierigkeit, die Kapitalverschiebungen statistisch festzuhalten, muß diese Summe als Mindestmaß angesehen werden. Auf die einzelnen Erdteile verteilte sich dieser Kapitalstrom folgendermaßen:

Erdteil.	Regierungen, Länder, Gemeinden	Industrie-Unternehmungen	Gesamtsumme
	Millionen Dollar		
Europa	351,8	533,5	885,3
Kanada	114,4	361,1	475,5
Südamerika	400,0	72,2	472,2
Mittelamerika	23,7	98,3	122,0
Japan, China, Philippinen . .	25,6	15,8	41,5
Verschiedene	97,5	91,0	188,5
Gesamtsumme	1013,0	1171,8	2185,0
Tilgungssumme	123,8	50,7	174,5
Nettosumme	889,1	1121,1	2010,5

Wie immer steht Europa an erster Stelle. Es ist mit ungefähr 44 v. H. an der im Jahre 1927 exportierten Kapitalsumme beteiligt. An zweiter Stelle folgt Kanada und an dritter Südamerika.

Die Beteiligung Deutschlands an der amerikanischen Kapitalaufnahme zeigt aus bekannten Gründen im letzten Drittel des Jahres 1927 eine stark rückfällige Bewegung. Dadurch ist der Gesamtbetrag des ganzen Jahres wesentlich geringer gewesen als in den Vorjahren. Insgesamt hat nach dieser amerikanischen Statistik Deutschland öffentlich und privat aufgenommen:

1925	308,0	Mill. Dollar
1926	417,4	„ „
1927	289,2	„ „

Ein Vergleich der investierten Gesamtsummen für die Jahre 1913, 1926 und 1927 ergibt die folgende überaus aufschlußreiche Zusammenstellung:

Erdteil	1927	1926	1913
	Millionen Dollar		
Europa	4 327,0	3 596,7	350,0
Kanada	3 922,0	3 557,6	750,0
Südamerika	2 246,5	1 973,3	100,0
Mittelamerika	2 914,6	2 788,5	1 200,0
Japan, China, Philippinen . .	726,5	713,5	175,0
Verschiedene	363,4	225,0	50,0
	14 500,0	12 855,0	2 625,0

Gegenüber 1913 hat Amerika seine auswärtige Kapitalsanlage, die übrigens nicht z. B. die interalliierten Schulden enthält, demnach nahezu verfünffacht, ohne daß ein Nachlassen dieses Goldregens zu verspüren ist. Die im Jahre 1927 investiert gewesene Kapitalsumme entspricht nur einem Fünftel des Jahreswertes der industriellen Produktion der Vereinigten Staaten und bedeutet weniger als ein Sechstel des Nationaleinkommens!

Der Ausfuhrüberschuß im vergangenen Jahre hat sich mit über 700 Mill. Dollar gegenüber 1926 verdoppelt. Dazu kommen die Eingänge aus den Zinsen und dem Tilgungsdienst der ausgeliehenen Kapitalien. Alles das sucht zwangsläufig wieder Anlage im Ausland, da die heimische Wirtschaft mit Kapital überreichlich versorgt ist. Angesichts dieser gar nicht abzusehenden Entwicklung erscheint es begreiflich, wenn in amerikanischen Bankkreisen ein recht deutlicher Feldzug gegen die angebliche Irrlehre vom Transfer in Reparationssachen geführt wird. Man will unter allen Umständen das Vertrauen der amerikanischen Kapitalisten — kleinen und großen — in die Sicherheit der gutrentierenden europäischen Anlagen erhalten, denn wo sollte man sonst mit dem goldenen Überfluß hin? Daher auch die zahlreichen uns durchweg günstigen juristischen Gutachten zur „Prioritätsfrage", die die Existenz eines solchen Problems verneinen. Uns kann diese Einstellung an sich nur recht sein, denn wir brauchen den amerikanischen Geldmarkt, man wird uns aber nicht verübeln können, wenn wir in der Kapitalaufnahme Vorsicht walten lassen, denn schließlich sind wir die Schuldner, die ihre Verpflichtungen erfüllen sollen und wollen!

Weiterer Ausbau der Konsumgenossenschaften.

Die von der führenden Zentrale der Konsumgenossenschaften, dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, veröffentlichten Zahlen über das Geschäftsjahr 1927 zeigen deutlich, daß der seit Beendigung der Inflationszeit festzustellende Ausbau der Konsumvereine angehalten hat. Da für die veröffentlichte Statistik noch nicht alle Vereine berichtet haben, die Zahl also ein wenig nach oben zu korrigieren ist, kann gesagt werden, daß die Konsumvereine des Zentralverbandes 1927 einen Umsatz von einer Milliarde erzielt haben. Außerdem bestehen noch andere Konsumvereine, die zum Teil im Reichsverband zusammengeschlossen sind; auf sie dürfte ein weiterer Umsatz von 200 Millionen entfallen. Über die rapide Entwicklung der Konsumvereine des Zentralverbandes in den letzten Jahren möge folgende Tabelle orientieren:

Jahr	Zahl der angeschl. Genossenschaften	Zahl der berichtenden Genossenschaften	Zahl der Mitglieder	Umsatz in Mark
1914	1 109	1 094	1 717 519	492 980 519
1924	1 275	1 036	3 444 218	548 741 184
1925	1 163	1 033	3 364 984	702 485 213
1926	1 110	1 048	3 205 984	811 432 753
1927	1 086	1 026	2 932 175	982 159 847

Wie die Spezialzahlen für die einzelnen Verbände zeigen, erstreckt sich diese Umsatzsteigerung fast gleichmäßig über das ganze Land. Den bei weitem größten Umsatz weisen die Verbände Nordwestdeutschland, Sachsen sowie Rheinland-Westfalen auf. Die größten Konsumvereine sind die in Hamburg, Dresden und Berlin; die Spitze bildet noch immer die Hamburger „Produktion", doch erscheint es durchaus möglich, daß in den kommenden Jahren der Dresdener Verein die Führerstellung übernimmt. Diesen großen gesunden Vereinen stehen anderseits einige kranke gegenüber, doch wird seitens der Zentrale energisch eingegriffen. Einige kleine Vereine sind größeren angegliedert worden, worauf der Rückgang der Zahl der Konsumvereine zurückzuführen ist.

Ziel ist, daß alle Mitglieder die vom Konsumverein geführten Waren dort auch kaufen. Trotzdem in letzter Zeit die heute nicht mehr kaufenden Mitglieder der Kriegs- und Inflationszeit als Papiersoldaten aus der Mitgliederliste gestrichen sind und die Mitgliederzahl deswegen trotz beachtlicher Neuaufnahmen zurückgegangen ist, ist der Umsatz pro Mitglied noch immer sehr gering. Er beläuft sich auf 335 M. im Jahre 1927 gegen 287 M. im Jahre 1914 und 159 M. im Jahre 1924. Es ist für die Nachinflationszeit von Jahr zu Jahr eine wesentliche Steigerung festzustellen, aber ohne Zweifel ist diese Zahl noch gering, kann das Ziel, daß alle Mitglieder alles im Konsumverein kaufen sollen, noch nicht als verwirklicht angesehen werden.

Besonders interessant sind die Zahlen über die Entwicklung des Eigenkapitals. Das Kapital fließt den Konsumvereinen seitens der Mitglieder in Form von Geschäftsanteilen zu, die allein, abgesehen von Fonds, das Eigenkapital bilden. Einerseits ist bemerkenswert, daß dies Eigenkapital in Anbetracht der ungeheuren Ausdehnung des Geschäfts der Konsumvereine sehr gering ist; es beläuft sich auf nur 44 Millionen Mark, von denen auch noch 12 Millionen durch Aufwertung entstanden sind. Die Geschäftsguthaben machen also nur 4,5 v. H. des Jahresumsatzes der Konsumvereine aus. Es dürfte wohl nur wenige wirtschaftliche Unternehmungen geben, die mit einem so geringen Eigenkapital arbeiten. Anderseits ist aber auch die Steigerung des Eigenkapitals für die letzten Jahre bemerkenswert; es belief sich 1914 auf 34 und 1924 auf 15 Mill. M. gegen heute 44 Millionen M. Pro Mitglied sind im Durchschnitt nur 15 M. eingezahlt gegen 20 M. in der Vorkriegszeit, während die Vereine in der Regel verlangen, daß jedes Mitglied 30 oder gar 40 M. einzahlt.

Noch bemerkenswerter ist die Entwicklung der Spareinlagen. Diese sind im verflossenen Jahr um 72 auf 207 Millionen Mark gestiegen; sie beliefen sich 1924 auf 49 und 1914 auf 80 Mill. M. Von dieser Summe sind allerdings 40 Mill. M. durch Aufwertung entstanden, aber es sind doch immerhin in den letzten drei Jahren 158 Mill. Mark Spareinlagen neu bei den Konsumvereinen eingezahlt worden. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die Konsumvereine nach etwa fünf Jahren über Spareinlagen in Höhe von einer Milliarde verfügen werden. Die Ursache dieser Beliebtheit der Sparkassen der Konsumvereine bei den Mitgliedern ist wohl darin zu sehen, daß fast alle Konsumvereine bedingungslos und sofort nach der Inflation die früheren Guthaben mit 25 v. H. aufgewertet haben. Besonders aktuell geworden ist durch diese Entwicklung die Frage, was mit diesen Spartguthaben geschehen soll. Auf der Essener Tagung des Jahres 1927 machte Heinrich Kaufmann den Vorschlag, genauer zu prüfen, wie diese Spareinlagen im Interesse der organisierten Konsumenten anzulegen seien, ob vielleicht im Interesse des Häuserbaues der Konsumvereine eine genossenschaftliche Hypothekenbank zu gründen wäre. Im November 1927 wurde zu diesem Zweck eine besondere Kommission eingesetzt. Dieser Beschluß hat ungeheures Aufsehen erregt, doch ist zu beachten, daß zur Zeit noch nichts Bestimmtes gesagt werden kann, da die Frage noch ungeklärt ist.

Sehr günstig entwickelt hat sich auch die Zentrale der Konsumgenossenschaften, die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die G. E. G., die für die einzelnen Vereine Waren kauft oder herstellt. Ihr Umsatz belief sich 1927 auf 373 Mill. M. gegen 157 Mill. M. im Jahre 1914. Der Umsatz ihrer vielen Fabriken stieg von 35 Mill. M. im Jahre 1925 auf 45 bzw. 63 in den Jahren 1926 und 1927. Dr. Wilhelm Grotkopp.

Studienreisen nach Siebenbürgen und dem Banat.

Das Deutsche Kulturamt in Rumänien veranstaltet in diesem Sommer, wie schon im vergangenen Jahre, zwei Gesellschaftsreisen zu Studienzwecken nach den beiden wichtigen deutschen Siedlungsgebieten in Rumänien: Siebenbürgen und Banat.

Die erste Reise beginnt am 22. Mai 1928 (Dauer 14 Tage). Ausgangs- und Endpunkt: Wien. Die Reiseroute berührt hauptsächlich Mühlbach, Hermannstadt, Roten-Turm-Paß, Kronstadt, Schäßburg, Klausenburg, Groß-Wardein. Gesamtpreis der Reise: 390 RM. (Fahrt II. Klasse, sonst durchgängig Autofahrt, Verpflegung, Unterbringung, Führung usw.)

Die zweite Reise beginnt am 11. Juli 1928 (Dauer 20 Tage). Ausgangs- und Endpunkt: Wien. Die Reiseroute berührt hauptsächlich Temesvar, Mühlbach, Hermannstadt, Roten-Turm-Paß, Buleasee, Kronstadt, Sinaia, Schäßburg, Klausenburg, Groß-Wardein. Gesamtpreis der Reise: 480 RM. (Fahrt II. Klasse, sonst durchgängig Autofahrt, Verpflegung, Unterbringung, Führung usw.).

Prospekte und nähere Auskunft über die Reisen, auf die wir wegen ihres billigen Preises und ihrer hohen ideellen Bedeutung empfehlend hinweisen möchten, erteilt das Deutsche Kulturamt in Hermannstadt-Sibiu, Rumänien.

Blick in die Bücher

Rationalisierung der privaten und öffentlichen Wirtschaft, ihre Wege und Möglichkeiten. Mit einem Vorwort von Reichsminister a. D. **Dr. Hamm.** Zentral-Verlag G. m. b. H., Berlin W 35, 1928.

Was ist Rationalisierung? Ein abstrakter Begriff wissenschaftlicher Theorie? Die Anwendung technischer oder organisatorischer Maßnahmen auf den Einzelbetrieb? Ein Programm zielklarer Wirtschaftspraxis, nach Gewinn strebenden Unternehmertums? Ein unheilverkündendes Fanal für die Arbeitnehmerschichten . . . oder nur ein billiges, fast zu Tode gehetztes Schlagwort der Nachkriegszeit?

Auf diese Fragen gibt das vorliegende Büchlein knapp und präzis, in seiner straffen Zusammenfassung selbst ein Beispiel literarisch angewandter Rationalisierung, auf kaum 70 Seiten Aufschluß. Reich ist der bisher vorliegende literarische Niederschlag aus dem Stoffgebiet der Rationalisierung. Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis haben dazu beigetragen. Wertvolle Einzelarbeit ward geleistet, dieses oder jenes wichtige Teilgebiet der Rationalisierung aufhellend. (Verwiesen sei nur auf die aufschlußreichen Veröffentlichungen des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit.) Was fehlte, war: eine zusammenfassende, allgemeinverständliche Behandlung des Gesamtproblems der Rationalisierung in seinen technischen, kommerziellen und volkswirtschaftlichen Anwendungsformen, aber auch in seinen sozialen Ausstrahlungen auf die einzelnen Berufsstände. Was fehlte, war: eine knappe Darstellung der Durchführung der Rationalisierung sowohl in der privaten wie in der öffentlichen Wirtschaft in ihrer wechselseitigen Bedingtheit. Und vielleicht ist es gerade die klare Aufzeigung dieses Dualismus, die der vorliegenden Arbeit den besonderen und aktuellen Wert verleiht: der Nachweis, wie jede Kostenersparnis, die in der öffentlichen Finanzgebarung und -verwaltung auf dem Wege der Rationalisierung erreichbar ist, auch die private Wirtschaft befruchtet und der Volksgesamtheit zugute kommt; wie bei der innigen Verflechtung, in der sich staats- und privatwirtschaftliches Geschehen vollzieht, das Werk der Rationalisierung nationalwirtschaftlich erst dann zur vollen Entfaltung ausreifen kann, wenn beide große Anwendungsgebiete der Rationalisierung, die öffentliche und private Wirtschaft, in diesen Prozeß möglichst umfassend einbezogen werden.

So entrollt sich auf knappstem Raum das gewaltige und vielverästelte Problem der Rationalisierung in seinem ganzen Umkreis — ein Bild, dem ebensowenig die leuchtenden Farben wie die dunklen Schlagschatten fehlen. Der Weg, den die Rationalisierung in Deutschland gegangen ist — in Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk, Banken usw. —, wird nachgezeichnet. Die Methoder, die dabei zur Anwendung kamen, werden an Hand von praktischen Erfahrungen erläutert. Auch das Reich der Hausfrau, die Hauswirtschaft, kommt, als bedeutsamer Bestandteil der Volkswirtschaft, nicht zu kurz. Die Leitgedanken der Rationalisierung in der öffentlichen Wirtschaft, in Reich, Staat, Gemeinde, in Verwaltung und Gesetzgebung, werden aufgezeigt: das drängende Problem der Verwaltungsreform rollt sich in den Umrissen auf. Und wenn vorher das Für und Wider, das positive und das negative Element der Rationalisierung, die Vorteile und sozialen Schattenseiten des Rationalisierungsprozesses in Deutschland gegeneinander abgewogen wurden — für sie findet die Arbeit am Schluß, wo der „Faktor Mensch" in seiner ausschlaggebend wichtigen Rolle für die Durchführung der Rationalisierung gekennzeichnet wird, die treffende Formulierung: das Problem der Rationalisierung habe, neben der ökonomisch-praktischen, auch eine bedeutsame wirtschafts-ethische Seite —, so mündet die Arbeit doch in eine bejahende Beurteilung des Werts und der Notwendigkeit des Rationalisierungswerks in Deutschland aus — und sei es aus keiner anderen Erwägung als der: daß durch die Rationalisierung eine beachtliche Verbesserung der Wirtschaftsgrundlage in Deutschland erreicht worden sei.

Reichsminister a. D. Dr. h. c. Eduard Hamm, der in seinem Geleitwort in außerordentlich aufschlußreicher und fesselnder Weise den besonderen Sinn und die lebenswichtige Bedeutung der Rationalisierung für unser Volk nachweist, hat schon recht, wenn er das Rationalisierungswerk als eines der zentralen Probleme im Deutschland der Nachkriegszeit hinstellt. Von seiner Lösung wird, das ist der kurze Sinn der Ausführungen Dr. Hamms, Wohl und Wehe des deutschen Volkes in hohem Grade mitbedingt, und seine Lösung wird ebensowohl ein Produkt rastlosen technischen und organisatorischen Fortschritts wie unermüdlichen geistigen Schaffens und verständnisvoller Mitarbeit aller im Wirtschaftsprozeß Deutschlands wirkenden Kräfte sein müssen.

Ho.

Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums. Von Wilhelm Winkler. Verlag „Deutsche Rundschau", G. m. b. H. Berlin 1927.

Das seit Jahren erwartete Werk des Leiters des Instituts für Statistik der Minderheitsvölker an der Universität Wien kommt dem wohl allgemein empfundenen Bedürfnis entgegen, das wichtigste statistische Material über das Grenz- und Auslanddeutschtum mit den reichsdeutschen Vergleichswerten griffgerecht zusammengefaßt zu sehen. Die Aufgabe bietet natürlich geradezu ungeheure Schwierigkeiten. Denn eine einfache Aneinanderreihung von Tabellen kommt angesichts des sehr verschiedenartigen Wertes der Zählungsergebnisse nicht in Frage, das Material muß nicht nur gesichtet und geordnet, sondern es muß auch kritisch beleuchtet und verarbeitet werden, um den praktischen Nutzzwecken des Journalisten, Redners, Politikers und Wissenschaftlers gerecht zu werden. An der Mannigfaltigkeit und Fülle des auf diesen über 700 Seiten Gebotenen ist nicht zu zweifeln. Auch die störende Tatsache, daß wichtiges Material auf einen Hauptteil und Nachträge verteilt ist, dürfte sich aus äußeren Herstellungsgründen erklären. Dagegen dürfte es fraglich sein, ob der Verzicht auf eine regionale Stoffanordnung und die Anwendung eines systematischen Gliederungsprinzips der Benutzbarkeit des Buches zugute gekommen ist. Da bei der Untergliederung häufig noch dazu historische Begriffe wie Altungarn, Altrußland usw. eine Rolle spielen, ist es vielfach nicht leicht, die heutigen Deutschtumsgruppen schnell nach den verschiedenen Richtungen ihrer Zuständlichkeit statistisch zu erfassen. Immerhin erleichtert ein Gebietsregister und ein Sachverzeichnis die Orientierung. So darf das Erscheinen dieses Buches, das im Auftrag der Stiftung für deutsche Volk- und Kulturbodenforschung in Leipzig erfolgt war, als ein erfreulicher Fortschritt der Deutschtumsliteratur gewertet und daran die Hoffnung geknüpft werden, daß periodische Neuauflagen ein zu schnelles Veralten verhindern und Verbesserungen nach Form und Inhalt gewährleisten mögen.

Dr. M. H. B.

Politische Geschichte des Neuen Deutschen Kaiserreichs. Von Johannes Ziekursch. Zweiter Band: Das Zeitalter Bismarcks (1871—1890). Frankfurter Sozietätsdruckerei, Frankfurt a. M.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß sich uns nach Weltkrieg und Revolution, nach Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreiches die von Versailles bis Versailles reichende Geschichtsepoche völlig anders darstellen muß als der Generation, die Reichsgründung und Kaisertum erlebt hat und in einer davon entscheidend bestimmten Weltanschauung aufwuchs. Aus diesem Grund dürfen wir heute unbesorgt ihrer Bedeutung für den Forscher die großen Geschichtsdarstellungen des vergangenen Jahrhunderts, die Werke Heinrich von Treitschkes und Heinrich von Sybels, zur Seite legen. Volle Geltung unter den älteren Darstellungen kann heute — von Werken im Rang der Bismarckschen „Gedanken und Erinnerungen" selbstredend abgesehen — nur noch die freilich nach Jahrhundertwende erstmals erschienene Biographie Lassalles von Hermann Oncken beanspruchen. Daß nun neben die literarischen Erzeugnisse der Nachkriegszeit, neben das Bismarck- und Kaiser-Wilhelm-Buch Emil Ludwigs und jetzt auch neben eine von starken Mängeln behaftete Darstellung Maximilian Hardens ein Werk tritt, das den Anspruch auf ernste und exakte historische Wissenschaftlichkeit erheben darf, ist ein Verdienst von unschätzbarem Wert für die Erweiterung unseres geschichtlichen und damit auch politischen Gesichtskreises. Dieses Verdienst, das dem Kölner Geschichtsprofessor Ziekursch zufällt, ist um so höher zu veranschlagen, als auch der entschiedene Republikaner heute seine historische Bildung nicht allein aus den obengenannten mehr literarischen als wissenschaftlichen Büchern schöpfen sollte.

Ziekurschs erster Band, 1925 erschienen, behandelte die Reichsgründung. Der zweite Band, „Das Zeitalter Bismarcks", liegt jetzt vor, der dritte wird den Zeitraum von 1890 bis 1918 umfassen. Der Titel des Gesamtwerkes ist in weiser Beschränkung und in Erkenntnis der Dürftigkeit moderner, meist romantischer Kulturgeschichtschreibung, auch im Bewußtsein des Rankeschen Erbes, das auch für die neuzeitliche historische Forschung noch gilt, eng gefaßt. Dennoch geht Ziekursch über den Rahmen bloßer „Politischer Geschichte" weit hinaus. Gerade der zweite Band enthält die wertvollen Kapitel der Schilderung des Kulturkampfes, der modernen Parteienbildung und des Sozialistengesetzes zum gewichtigen Teil in völlig neuartiger Beleuchtung. Die geistesgeschichtlichen Zusammenhänge erfahren die Deutung, die erst wir heute ihnen geben können, nachdem das Werk Bismarcks als geschlossenes und letzten Endes doch kraft innerer Gesetzmäßigkeit gescheitertes Ganzes vor

unseren Augen liegt. Voraus geht der Behandlung dieser Probleme die Darstellung der deutschen Außenpolitik, nicht ohne die notwendige Klärung der gesamteuropäischen Verhältnisse, besonders des Bündnissystems Bismarcks, das sich dem Historiker immer mehr als der Angelpunkt der deutschen Innenpolitik darstellt. Begründet in höchster Kompliziertheit nicht in sich, sondern in dem Genie des alles beherrschenden Kanzlers, entglitt es den Händen seiner Nachfolger. (Vielleicht darf angemerkt werden, daß über diese höchst bedeutsamen Verwicklungen unlängst auch der Berliner Historiker Friedrich Meinecke eine eingehende Sonderstudie: „Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems" hat erscheinen lassen.)

Dr. H. Dreyfuß.

Die niederschlesische Ostmark u. der Kreis Kreuzburg. Band 1 der Monographien deutscher Landschaften. Herausgegeben von Erwin Stein, Berlin-Friedenau 1927, Deutscher Kommunalverlag, 376 S.

Diese landschaftliche Monographiensammlung, deren erster Band in schönem Gewande und reich illustriert vorliegt, verfolgt nicht nur den Zweck, geschlossene Landschaftsgebiete von hervorragender Schönheit und von besonderer kultureller Bedeutung zu schildern, sie will vor allem auch einen Überblick über die verwaltungsmäßigen und kommunalen Einrichtungen und Organisationen geben und über ihre Leistungen und Erfolge berichten. Daß als erster Band die niederschlesische Ostmark herausgebracht wurde, die auch in dem schweren Kampf der deutschen Grenzmarken steht, ist begrüßenswert. Eine Reihe hervorragender Gelehrter und Verwaltungsmänner umreißen in knappen, einprägsamen Aufsätzen Geschichte, Volkstum, Wirtschaftslage und Verwaltungsaufgaben der niederschlesischen Ostmark. So behandeln Prof. Dr. Laubert die geschichtliche Entwicklung, Prof. Freih. von Freytagh-Loringhoven die Auswirkungen des Versailler Diktats, Syndikus Dr. Freymark Handel und Gewerbe, Präsident Fechner das Siedlungsproblem usw. Das typographisch glänzend ausgestattete Werk ist ein Heimatbuch von Rang, das weit über die Grenzen der von ihm behandelten Landschaft Interesse beansprucht.

Mahrholz, Dr. Werner, Wirtschaft und Christentum. Eine grundsätzliche Betrachtung über wirtschaftlichen Humanismus, vor allem in der Industriewirtschaft. Sammlung „Wissen und Wirken", Band 21/22, Karlsruhe 1925. Verlag G. Braun. 92 S. Pr. 2 M.

Das Thema „Christentum und Wirtschaft" gehört zu den „unendlichen" Themen, da es nur ein Sonderfall der großen Antithese „Christentum und Welt" ist. Die mit unerbittlicher Klarheit gesehene harte Wirklichkeit des heutigen Wirtschaftslebens wie die Wesensart der religiösen Haltung mit ihren Gefühlsbedürfnissen werden mit logischer Schärfe analysiert und voll Verantwortungsbewußtsein die Frage nach ihrer Vereinbarkeit erörtert. Zur philosophischen Besinnung gesellen sich die Erfahrungen, die Mahrholz aus seiner beruflichen Arbeit als Leiter der Sozialabteilung eines modernen Industriewerkes schöpfen durfte. So wachsen aus seiner Arbeit die Grundlinien einer neuen Wirtschaftsethik heraus, deren Träger stark genug sind, die Wirklichkeit zu sehen und zu ertragen wie sie ist; denn Illusionen sind schön, aber sentimental — und sie müssen zerbrechen, wenn es um das Letzte geht. Mahrholz hat sich bemüht, allen historischen Ballast beiseite zu lassen und aus dem Bezirk des Gewissens heraus die Fragen zu stellen und die Antworten zu suchen. Das Buch wendet sich an alle in Wirtschaft, Sozialpolitik und in der religiösen Bewegung stehenden Menschen.

Wie lerne ich das Grenz- und Auslandsdeutschtum kennen? (Einführung in die Literatur über die Grenz- und Auslandsdeutschen.) Von Dr. Gottfried Fittbogen. Verlag Oldenbourg, München-Berlin 1927. 82 S., geheftet 1,50 RM.

Der Verfasser, ein vorzüglicher Kenner der umfangreichen Materie über das Auslandsdeutschtum bietet hier eine 1925 zuerst erschienene Schrift in verbesserter und ergänzter Auflage dar. Es ist ihm gelungen, aus einem Hilfsmittel eine wissenschaftliche Arbeit zu machen, die nicht nur dem Laien, sondern auch dem Wissenschaftler durch Heranziehung älterer und neuerer Quellen den Zugang zu der Spezialliteratur über die einzelnen Gruppen deutschen Volkstums außerhalb der Reichsgrenzen erschließt. Die Schrift, die einfach und klar gegliedert ist, wird sicher dazu beitragen, die Kunde vom Auslandsdeutschtum zu vertiefen. Sie stellt eine fleißige Arbeit dar, die auf umfangreichen bibliothekarischen Forschungen beruht. Wünschenswert ist für die Zukunft eine stärkere Berücksichtigung der verschiedenen Bodenreformgesetze in den östlichen Staaten und eine eingehendere Behandlung der gesamten geistigen Entwicklung des Auslandsdeutschtums.

KLEINE ANZEIGEN

Briefmarken



1111 tadellos echte Briefmarken v. Samoa, Togo, Karolinen und viel. and. seltenen Ländern für nur M. 2,95 u. Porto p. Nchn. Preisl. grat. **RUD. ROHR, Berlin W 18,** Krausenstraße 3.

Briefmarken An- und Verkauf Ausw. ohne Kaufzw. g. Refer. Preisl. gratis **Markenhaus Müller,** Wittenberg, Bezirk Halle

BRIEFMARKEN Preisliste für Sammler gratis. H. JASPER, FÜRTH-BY. 1

Für d. Haushalt

Allerfeinste Oldenburger **Tafelbutter** a. hocherhitzt. Rahm, versende tägl. frisch in Postpak. v. 6 und 9 Pfd. Inhalt, in 1 oder ½ Pfd.-Stück verp., gegen Nachn. zum Tagespr. dir. an Private. Erste Butjadinger Molkerei-Gen. Ruhwarden 18 (Oldbg.)



Feinstes Tafel-Pflaumenmus

Garant. rein, unübertr. im Geschmack, Dankschr. und Nachbest. fortgesetzt.

10-Pfund-Posteimer	3,60 RM
25-Pfund-Bahneimer	8,50 RM
30-Pfund-Emaille-Eimer (prkt.)	10,50 RM
Ia Speise-Sirup	
10-Pfund-Posteimer	4,— RM
Tafel-Senfgurken	
Die 8-Pfund-Postdose	4,75 RM

Ab hier, unter Nachnahme
Fritz Kleine, Magdeburg-Fr. 286



„BACCHUS" **WEIN-SCHRÄNKE** PREISLISTE GRATIS JOH. NIC. DEHLER COBURG 14

Feinstes Tafel-
Pflaumenmus
wohlschmeckend u. gesund, garantiert rein, mit Zucker eingekocht. 10 Pfd.-Eimer, Postkolli 3,75 M., 25 Pfd.-Bahnkolli 8,50 M., Fässer mit 35—140 Pfd. à Pfd. 0,34 M., ff. Preißelbeeren mit Zucker, 10 Pfd.-Eimer 6,— M., ff. Rübensaft, beste Qualität, 10Pfd.-Dose 3,15M. Preise ab hier, gegen Nachn. **HEINR. ECKSTEIN Konservenfab./MagdeburgN.450**

HAUSHALT-BLOCK

A für Küchenausgabe M. 0,60. B für alle andern Ausgaben des Lebens, M. 0,60. Fast ein Jahr reichd. Zahlreiche Anerkennungen. **Wertvoller Lesestoff** über Erforschung und Gestaltung des Lebens: sechs verschiedene Werbehefte der Zeitschrift „Lebenslauf" für M. 1,— (statt M. 3,30). Versand portofrei. **Verlag E. Kummer, Starnberg bei München,** Postscheckkonto München 32368

Nähmaschinen

Nähmaschinen
fast neu, 30,— M. an, 5 Jahre Garantie, Katalog gratis. **Nähmaschinenhaus Müller,** Berlin10,Stalauer Str.39

Neuheiten

QUÄLEN SIE SICH NICHT LÄNGER! TREIBEN SIE

„Gamma" Rasier-Massage

Benutzen Sie zum Einseifen die „**Gamma**"-**Rasier-Massagebürste** mit Gummi-Lamellen, sie gestaltet das Rasieren angenehm, schmerzfrei u. zeitsparend, selbst bei Verwendung gewöhnl. Waschseife. D. R. G. M, D. R. P. u. Ausl.-P.a Preis 1 Gamma RM 2,50 portofrei (Nachn. RM 2,90).
A. Schmidt, Dresden-A. 1 Annenstr. 10
Postscheckkonto Dresden Nr. 28227
Prospekt Nr. 10 frei.

Brunnen

Abessinierbrunnen



kann jeder selbst aufstellen. Manschetten u. Klappen sow. sämtliche Ersatzteile, für alle Pumpen passend, sofort lieferbar.
Illustrierte Preisliste gratis. **A. Schepmann,** Pumpenfabrik, Berlin N 300, Chausseestraße 88

Leitern

Die besten **Leitern**



für jeden Zweck
M. Barth & Söhne
Berlin W 36, Potsdamer Str. 122c. Tel. Lützow 8581

Photo

Photo-Apparate
erstklassig, zu Fabrikpreisen. Gratisliste verlangen Carl Grosser, Limbach (Sachsen) 39

Patente

Erfinder
(Fabrikanten!). Neue Wege. Rat frei. Dr. Dörr, Berlin 61, Gitschiner Str. 4

Radio

EUROPA-SPULE
Allwellenempfang, M. 3,—. Radioteile billigst. Schaltungen, Preisliste umsonst. Walter Gesche, Berlin N 65

Schreibmaschin.

Schreibmaschinen
Sichtschrift, 90 Typen, Farbband-Umschaltung, incl. Koffer, **35 MARK.** Abbildung. u. Schriftprobe gratis. **MÜLLER, Berlin,** Stralauer Straße 39, Fabrikgebäude.

Verschiedenes

Katzen-Kasten (Klos.) „Ideal" hyg. geruchlos. Prosp. C frei A. Schmidt, Dresden-A. 1, Annenstraße 10.

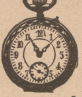
LIEFERE EIER großer ausländ. Schmetterlinge. Auskunft 15 Pfg. Ludwig Flessa, Koburg XX

Wer klug ist, kauft bei Uhren-Klose!

Reklamepreis nur 4.- M.

kostet echte deutsche Herren-Ankeruhr Nr. 52, stark vernickelt, etwa 30std.

Werk, genau regul. nur	4.00 M.
Nr. 53 dieselbe mit Scharnier	4.50 „
Nr. 51 dieselbe echt vernickelt, mit Goldrand und Scharnier	5.00 „
Nr. 55 dieselbe mit besserem Werk	6.50 „
Nr. 58 mit Sprungdeckel, ganz verg.	12.80 „
Echt silb. Uhren mit Ia Schweizer Werken, 10 oder 15 Steinen	20 bis 50 „
Nr. 39 Damenuhr versilbert mit Goldrand nur	7.50 „
Nr. 79 dieselbe, kleines Format	10.00 „
Nr. 81 dieselbe, echt Silber, 10 Steine	16.00 „
Nr. 47 Armbanduhr mit Riemen	8.00 „
Nr. 44 dies., kl. Form. mit bess. Werk	12.00 „
Nr. 22 Wecker, prima Messingwerk	3.50 „
Panzerkette, vernickelt	0.50 „
echt versilbert	1.50 „
echt vergoldet	2.00 „
Golddoublékette	5.00 „
Metall-Urkapsel	0.25 „



Nachts leuchtend 0.60 mehr
Garantie für jede Uhr

„Unsere Leser" erhalten 1.— M. Nachlaß und 1 Kapsel gratis bei Einsendung dieses Inserats und Bestellung einer Uhr für 6.50 Mark oder mehr

Von den Uhren verkaufe ich jährlich etwa 10000 Stück.

Uhren-Klose, Berlin SW 29, Zossener Str. 8 (20)

Nur

DAUERINSERATE BRINGEN DAUERNDEN GEWINN

*

EIN PROBE-INSERAT WIRD IHNEN DEN ERFOLG BEWEISEN

PIANOS

prächtige, mod., tonschöne Instrumente, Güte bekannt, 50,— Anzahlung, 30,— monatliche Abzahlung. Beamte auch ohne Anzahlung. Katalog kostenlos.
Sachter u. Co., Berlin, Oranienburger Straße 43

PRÄMIEN-AUFGABE

e	n	h	o	?	?
s	s	i	e	l	f
n	i	e	k	?	?
s	i	e	r	p	?

Zwecks Weiterempfehlung und Kundenwerbung für unseren preiswerten und in Ausführung erstklassigen Photoapparaten haben wir uns zu einem großen

REKLAME-WETTBEWERB

entschlossen. Nehmen auch Sie bitte an der Lösung nebenstehender Sprichwort-Preisaufgabe Anteil.

Die Beteiligung ist für jedermann unverbindlich!

Den Zuschriften ist außer der genauen Adresse und Lösung auf dem Kuvert oben links Nr. 410 zu vermerken. Wir bitten, dieselben in genügend frankiertem Brief einzusenden. — Genaue Adresse. Rückporto beifügen.

Jeder Löser dieser Prämienaufgabe hat lt. unseren Bedingungen Anspruch auf eine Photo-Kamera.

Einsendungen haben innerh. 14 Tage nach Erscheinen des Inserats zu erfolgen und sind zu adressieren an

VERSANDHAUS GNEISENAU, M. KLOPSCH, BERLIN SW 29, BÄRWALDSTRASSE 39

Keine Kaufverpflichtung — Erstklassige Apparate in allen Ausführungen sehr preiswert, evtl. Teilzahlung

Arcona-Räder



Die **Qualitätsmarke!** *Hund. lte Preise. Das bekannte zuverl. Gebrauchsrad Marke* **Stern,** Modell 5, hergestellt aus bestem Material, m. modernst. Rahmenbau, m. Goldlinien abges., *mit 5 Jahren Garantie u. Orig.-Torpedofreilf., Vers. überallhin. Zahlungserl.* **68 M.**
Verlangen Sie Katalog gratis u. franko, *auch über Sprechmaschin., Musikinstrum., Uhren, Goldwaren, Wirtschaftsart. u.s.w*
Ernst Machnow Berlin, *Weinmeisterst. 14*
Größt. Fahrradhaus Deutschl.

....mehr Gemüse

und prächtige Blumen erzielen Sie durch die Adlersaat. Verlangen Sie sofort kostenfrei den nützlichen Katalog mit 300 Abbildungen. Günstige Preise. Reiche Auswahl. Sorgfältige Bedienung.

Adler & Co.
Adlersaat-Samenzucht
Erfurt B 6



KRAFT, GESUNDHEIT, SCHÖNHEIT

durch tägl. einige Minuten Expander-Gymnastik. Ärztlich sehr empfohlen. Anerkannt erfolgreiches und billigstes Gerät zur Kräftigung der Körpermuskulatur. Apparate ff. vernickelt, Ia Saitenstahl.
Sonderpreis mit 4 Federn } auswechselbaren { Mk. 4.15
„ „ 5 „ } { „ 5.15
einschließlich illustrierter Übungstafel. 8 Tage zur Ansicht, 14 Tage Ziel. Porto wird bei Lieferung erhoben. Erfüllungsort B.-Baden. Viele Dankschreiben. Freiprospekt.
PAUL SEIFERT, EXPANDER-APPARATE, BD.-BADEN 23

Verantwortlich für den redaktionellen Teil gemäß Pressegesetz: Ministerialrat Dr. Strahl, Berlin. — Für den Anzeigenteil: A. Sohnrey, Berlin-Steglitz. — Offsetdruck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.